

Der Deutsche Arbeit

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Wiederholung wöchentlich Samstag. Abonnementpreis durch die Post bezogen
vierteljährlich 1,50 M. Angewendet bis November. Coloniepreis für Arbeits-
reisende 75 Pf., Großstadt- und Privatanschriften 1 M.

Eigentum des Christlichen
Metallarbeiter-Verein des Deutschen Reichs.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Heraus 535
Sitz der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Auskünfte und Abonne-
mentsbeschreibungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 50.

Duisburg, den 15. Dezember 1917.

18. Jahrgang.

Sozialreform als Kulturarbeit.

Unter arms silent muste, im Arm der Waffen schweigen die Wissenschaften; so wollte es zu Kriegsbeginn auch hinsichtlich unserer sozialpolitischen Kultur arteit scheinen, und sie schien in der Tat nicht nur zum Feind verurteilt zu sein, sondern unsere Sozialreform erschuf sogar eine gewisse Kulturdramatisierung, indem ein Teil der Arbeitserziehung bestimmungen außer Kraft gesetzt wurde, um eine möglichst ausgedehnte kriegswirtschaftliche Produktion zu ermöglichen. Mittlerweile aber hat sich auch im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten die Sozialreform insofern wieder durchgesetzt, als der Reichskanzler im August bereits in einem Erlass an die Bundesregierungen eine Einschränkung der auf Grund der Bundesratsverordnung von 1914 gewährten zu zahlreichen Ansätzen von den Regelbestimmungen, sowie eine Wiederherstellung der vollen Gewerbeaufsicht als dringend notwendig bezeichnet hat. Dieser Erlass war teilweise wieder die Folge der bedeutsamen Beratungen des Reichstagsausschusses für Bevölkerungspolitik und einer Aktion desselben, die unter dem Gesichtspunkte der Kriegsnotwendigkeiten den Arbeiterinnen- und Jugendschutz neu formuliert und dem Reichstage für seine bevorstehende Sessjon zur Annahme in einer Reihe von Anträgen unterbreitet hat.

Diese vom Ausschuss für Bevölkerungspolitik befürworteten Maßnahmen erscheinen uns nicht nur deshalb bedeutungsvoll, weil sie den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in den kriegswirtschaftlichen Betrieben ein Maßnahmen zu verschaffen und die Gewerbeaufsicht und die Unfallversicherung in früherem Maße wieder herzustellen geeignet sind, sondern vor allem deswegen, weil sie Ansätze zu weiteren wichtigen sozialreformatorischen Schritten und Maßnahmen enthalten, und zwar vornehmlich auf dem Gebiete des Lohnschutzes und der Sozialpolitik. Nach dieser Richtung hin hat der Ausschuss dem Verlangen des Ausschusses für Bevölkerungspolitik nach einer schleunigen Durchführung des Hausarbeitsgesetzes insofern bereits stattgegeben, als mit dem 1. Januar 1917 die §§ 3 und 4 dieses Gesetzes in Kraft treten sollen. Der § 3 des Hausarbeitsgesetzes bestimmt, daß in Räumen, in denen Arbeit für Hausarbeiter ausgegeben oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, den Hausarbeitern durch offene Auslage von Lohnverzeichnissen oder Anhängen von Lohnstafeln die Möglichkeit gegeben werden muß, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeiten jeweils gezahlten Löhne zu unterrichten. Nach § 4 sind ferner seitens des Auftraggebers und auf seine Kosten Wohnlichkeit oder Arbeitszeit anzuhändigen, welche Art und Umfang der Arbeit, sowie die dafür festgesetzten Löhne oder Preise zu enthalten haben. Damit ist wenigstens der Anfang zu der Möglichkeit geschaffen worden, in der Haushaltung zu mindern zu gelangen. Mehr dürfte nach dieser Richtung hin zu erwarten sein; von der fernherin vom Ausschuss geforderten Aufnahme „anständiger Wohnhäuser“ namentlich für die weibliche Arbeit in alle behördlichen Lieferungsverträge, sowie von der Behaltung und dem Ausbau der im Kriege zwischen den Unternehmern- und Arbeiterorganisationen entstandenen Arbeitsgemeinschaften und Schließungskommissionen und ihres tariflichen Frauenabschlusses, wozu alle Verwaltungsbehörden von oben herab veranlaßt werden sollen.

Für die Erfassung von Wesen und Aufgaben sozialer und charitativer Hilftätigkeiten nach dem Kriege erscheint aber bemerkenswert, daß nach dem Willen des Ausschusses für Bevölkerungspolitik jene sich insbesondere auch der Kinderfabrikarbeiter der Mutter annehmen soll. Als Maßnahmen, an die hier der Ausschuss für Bevölkerungspolitik gedacht hat, und die staatliche und kommunale Organe, sowie solche der privaten Fürsorge zu beschäftigen haben werden, seien genannt: Schaffung, Ausdehnung und bessere finanzielle Ausstattung der Beratungssstellen für Gütingungsfürsorge, für Schulförderpflege und für Kinderhortwesen, Bau und Beaufsichtigung der Kindergarten, Kindergärten und Schulorte, Ausgestaltung des Gütingungswesens für Privatpflegestellen, Schaffung von Kinderheimen. Um endlich den unheiligen Kindern ihr Schicksal und ihr Fortkommen zu erleichtern, wird vom Ausschuss zunächst als wesentlichstes bezeichnet, daß die Bemühung der Höhe der Unterhaltungspflicht der Stand des Vaters berücksichtigt wird und die Unterhaltungspflicht bis zum 18. Lebensjahr des Kindes sich erfreuen soll. Ferner soll die Befriedung des Arbeits- oder Dienstlohnes aus Unterhaltungsansprüchen unehelicher Kinder der Pfändung und anderen Unterhaltungsansprüchen gleichgestellt und für die Befriedung der Unterhaltungspflicht ein vereinfachtes, schnelles, dem Verwaltungswandelsfahrt zur Befriedung öffentlicher Abgaben ähnliches Verfahren eingeführt werden. Die Bestrafung unrechtmäßiger Güter, die sich der Unterhaltungspflicht entziehen, soll wirksamer gestaltet werden. Die Annahme an Kindesstatt erleichtert und die Einrichtung der Generalvormundschaft ausgebaut werden.

So eröffnen sich für die Zeit nach dem Kriege auch für die Fortführung der Sozialreform erfreuliche Aussichten, namentlich was die ethische und charitative Seite betrifft, erfreulich. Daraus lassen die nicht zu unterschätzenden Folgen des Krieges, die auch beim heilen Leben

sichende Schwierigkeiten dadurch entgegen, daß Sozialpolitik Geld kostet und dafür für die nächste Zeit nach dem Kriege die finanziellen Mittel knapp sein werden. Um eheleben lassen sich für eine materielle Sozialpolitik insfern Fortschritte erzielen, als es gelingt, im künftigen Friedensvertrag ein Mindestmaß von Arbeiterschutz und Arbeiterschutz zu sichern, das in allen Ländern durchgesetzt werden muss, wie dies ja auch auf der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern Anfang Oktober gefordert worden ist. Als Organ für diese Internationalisierung hätten wohl am besten die Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und ihr Arbeitsamt in Basel zu dienen.

Das im übrigen auch national die Sozialpolitik nicht still steht wird, dafür wird das Gebot der Menschenwürde schon fortsetzen, das den Völkern weises Haus halten mit der menschlichen Arbeitskraft und ihren Widerstand zur dringendsten Pflicht machen wird. Denn das Volk wird für den Kampf um den Weltmarkt wieder am ehesten gerüstet sein, wenn es gelingt, die menschliche Arbeitskraft in weitestem Maße für diesen Kampf berufstätig zu machen. Zu diesem Zweck ist aber eine gesunde Sozialreform unerlässlich.

Opfer, Deutschland . . .

Von Christoph Wiprecht.

Deutschland, horch auf!
Das Gebot deiner Pflicht
ruft dich aus deinen heiligsten Tiefen.
Hörst du den Pfeifer erlingen?
Hörst du der Sterns Gesang?
Es rauscht aus deiner Berge ewiger Nacht,
Flammt aus den Felsen deiner Felsen:
Deutschland, du bist!
Deutschland, die Stätte heiliger Opfer,
Siehst du die leuchtenden Worte am Firmament?
Wirf von dir den Flitter vergangener Tage,
Schüm dich des Goldes gletschender Pracht!
Gönne dich mit Eisen, deiner Freiheit Symbol —
Eisern die Welt und stählern dein Wille —
Gold vergeht nicht noch dein zukendes Herz.
Opfer, Deutschland, du ruftst ja den Frieden,
Deines Schaffens und Kämpfens herkömmste Frucht!
Deutschland, den Sieg!

Übertragungen und Verallgemeinerungen.

Der langandauernde Weltkrieg mit all seinen Erfahrungen und Nöten hat die Menschen erstaunlicherweise noch schöner gemacht. Dinge werden errichtet und in Umlauf gesetzt, die sich nie ereignet haben, und unvermeidliche Missstände und vorhandene Mängel werden vergrößert, doppelt und dreifach gesehen. Gerichte machen bekanntlich im Umlauf. Meistens werden aber Gerichte noch dadurch bestätigt, daß der Erzähler den Vorgang selbst gesehen oder selbst erlebt haben will, was aber nicht immer der Fall ist. Dadurch wird Ruhe in die Bevölkerung getragen und die Schuld bestimmten Kreisen zugeschoben, die keine Schuld an dem betreffenden Vorgang tragen. Einmal sind es die Kriegsgesellschaften, dann wieder die Gemeindeverwaltungen, denen man die Schuld in die Schuhe schiebt, ein anderes Mal beschuldigt man die Landwirtschaft, dann wieder die Arbeiter und so geht es fort. Dabei berücksichtigt man in den seltsamsten Fällen, daß der Krieg die Hauptschuld an allen Missständen und Schwierigkeiten trägt. Der Krieg, der Millionen arbeitende Menschen in die Uniform gezwungen hat, der die Pferde aus der Landwirtschaftlichen Arbeit herausgerissen, der die Bahnen und Transportmittel für sich in Anspruch nimmt, der uns vom Auslande abgeschnitten hat und dergl. mehr. Würde man dieses Moment mehr bei der Beurteilung der Einzelfragen berücksichtigen und mehr die Gesamtzusammenhänge betrachten, dann würden die gegenseitigen Beschuldigungen, Anklagen, Übertragungen und Verallgemeinerungen zum größten Teil aufhören oder wenigstens nicht die ererbte bestehende Form annehmen, wie das leider vielfach geschieht. Der Krieg hat jedem Stand Erfahrungen gebracht und bringt sie noch. Die Landwirtschaft muß mit weniger Arbeitskräften zur Not aufrecht erhalten werden. Frauen, Kinder und Gesangene müssen die ganze Wirtschaft in Ordnung halten, müssen das Feld bestellen und den Garten bewirtschaften und müssen in Haus und Hof alles erledigen. Dabei fehlt es an Zugtieren, an Arbeitskräften, an Geräten, an Düngemitteln und anderem mehr. Da heißt es arbeiten und sich plagen von früh bis spät. Der Arbeiter muß seine Kräfte nicht weniger anspannen. Eine Sonntagsruhe kennt er kaum mehr. Über Stunden müssen geleistet werden bis die Kräfte bei der mangelsaftigen Ernährungswelt viel fasch versagen. Frauen müssen zur Arbeit gehen, um den Unterhalt für ihre Familien zu verdienen. Alles, weil der Krieg uns in eine Zwangslage versetzt hat. Feder bringt Opfer, jeder erträgt Erfahrungen, jeder verspürt

der Bevölkerung und beim Zusammenwirken aller Stände nicht vollständig aus der Welt geschafft werden können. Kaumlich muß alles geschehen, um die Nöte zu lindern und eine gerechte, sachliche, angemessene Kritik wird man auch niemand verwehren. Aber man hilft sich vor Übertriebung und Verallgemeinerung. Man übertriebe nicht, wenn man über die „hohen Löhne“ der Arbeiter schreibt und redet, und bedenke, daß ein großer Teil der Arbeiter nicht weiß, wie er bei den teureren Preisen seine Familie ernähren soll. Man übertriebe nicht, wenn man über die Versorgung der Schwer- und Schwerstarbeiter redet, denen man nach sagt, sie hätten keine Not und seien besser versorgt als alle anderen. Man bedenke auch dabei, daß diese Arbeiterschichten auf ihre Nationen angewiesen sind und bei angestrengter Tätigkeit viele hundert Meter tief unter der Erde oder vor dem Feuerofen, ihre Gesundheit verschleifen. Man übertriebe nicht, wenn man von den Vergnügungen der Großstädte und dem Leben und Freizeit derselben redet; man bedenke auch, daß es neben hell erleuchteten Straßen und Cafés armliche Häuserviertel mit dumpfen ungefunden Wohnungen gibt, in denen der größte Teil der schwer arbeitenden Bevölkerung den größten Teil seines Lebens zubringen muß. Man übertriebe aber auch nicht, wenn man von den „gefüllten Schlafzimmern der Landwirtschaft“ redet, sondern bedenke auch, daß die Landwirtschaft vieles Neubauern und Notwendiges entbehren muß. Man übertriebe nicht! Das sollte sich Feder ins Gewissen schreiben, dann würden die gegenseitigen Missverständnisse, die soviel böses Blut geschafft haben und noch schaffen, eingedämmt und der Burgfriede wieder Plaza greifen, über den sich ganz Deutschland zu Beginn des Krieges gefreut hat. Feder stand hat seine Faust! Das muß sich jeder einprägen. Feder stand faust unter den durch den Krieg geschaffenen Fäusten! Man mache keinen Stand verantwortlich für Dinge, für die er nicht verantwortlich gemacht werden kann, und verallgemeinere nicht, wenn einzelne blöd vergessen handeln. Mehr Gemeinschaftsgeist tut unserem Volke gut.

Förderung des Wohnungswesens durch die Landesversicherungsanstalt.

Ob Arbeiter oder Arbeitgeber, ob alt oder jung, ob wohlhabend oder in ärmerlichen Verhältnissen, jeder von ihnen wird wohl bestimmen müssen, daß das Heim, ob in eigenen oder in gemieteten Räumen, neben Nahrung und Kleidung zu den wichtigsten Faktoren des Lebens zählt. Außer dem körperlichen Wohl spielt das sittliche und ethische Empfinden, die Freude an einem gemilderten, sauberem Heim eine sehr bedeutende Rolle. Es soll die Stätte eines gesunden, gedeihlichen Familienebens sein, der Boden zur Entstammung einer körperlich und geistig wohlentwickelten Nachkommenschaft. Letztere ist dringend notwendig zum Ausgleich des großen Verlustes an bewohnten Menschenleben in dem nun schon über drei Jahre währenden Krieg. Das Wort „Bevölkerungspolitik“ ist daher zum Schlagwort geworden und im engsten Zusammenhang damit nimmt die Wohnungsbaujörge, namentlich für Familien mit einer zahlreichen Kinderzahl einen breiten Raum ein.

Schon vor dem Kriege bestand in vielen Städten und Orten Mangel an kleinen Wohnungen, durch den Krieg ist er empfindlich vermehrt worden und ganz besonders wird er sich nach dem Kriege fühlbar machen, wenn die Soldaten vom Felde zurückkehren. Der Wohnungsmangel trifft vor allen Dingen die kinderreichen Familien, denn ein großer Teil von Hausbesitzern nimmt Familien mit 4, 5 oder noch mehr Kindern überhaupt nicht auf, andere nur dann, wenn wesentlich mehr an Miete bezahlt wird, an gehoblich deshalb, weil an der Wohnung mehr erzielt wird oder die Nachbarn es nicht gern sehen und dergleichen. In der Regel sind nun solche Familien gezwungen, schlechte, ungeeignete Wohnungen, die von anderen nicht genommen werden, zu mieten. Befragt ist die Besitzerinheit dieser Wohnungen so, daß sie allerhand Gefahren und Schäden für die Gesundheit der Menschen in sich bergen und doch ist es eine vaterländische Pflicht, daß ein gesundes, kräftiges Geschlecht hervorwächst. Der Frage der Wohnungsnötigkeit muß also besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Staat, Gemeinden und sind auch eifrig am Werk, um hier helfen einzutreten. Dass die Landesversicherungsanstalt, die Träger der Fabrik- und Handels- und Hinterbliebenenversicherung, mit erheblicher finanzieller Unterstützung beitragen, ist selbstverständlich. Die Versicherungsanstalten haben ebenfalls ein großes Interesse daran, daß die ihnen angehörenden Versicherten lange gesund und arbeitsfähig bleibend. Schon von jeher haben sie große Summen zum Bau von gesunden Arbeiterwohnungen ausgegeben. Nach dem zuletzt veröffentlichten Standort des Reichsversicherungsamtes bezüglich die gesamten Darlehen für gemeinnützige Zwecke bis Ende des Jahres 1916 insgesamt 1.342,9 Millionen Mark. Der von den Bau von Arbeiterwohnungen sind im ganzen 566,6 Millionen Mark ausgeschrieben worden.

Von dieser Summe fallen auf den Bau von Arbeiterfamilienwohnungen 538,4 Millionen Mark und auf den Bau von Ledigenheimen, Hörsalen, Herbergen, Gejellens-

sprechen eine deutsche Sprache und sie werden von Jahr zu Jahr noch größer. Bisher erfolgte die Förderung des Wohnungswesens durch die Landesversicherungsanstalten in der Weise, daß letztere Kapitalien den Bauvereinen, Genossenschaften, Gemeindeverbänden, Stiftungen und dergl. in Form von Darlehen hinausgaben, die meist hypothekarisch sichergestellt wurden. Der Zinsfuß und sonstige Bedingungen sind für die Darlehnsnehmer besonders günstig. Auch mit kleinen bei den Siedlungsgesellschaften beteiligen sich die Versicherungsanstalten. Sie sind aber bereit, für die Folge noch mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, um das Kapitel „Wohnungsfürsorge“ für kinderreiche Familien noch besser zu unterstützen. Angesichts der aus den gegenwärtigen Verhältnissen sich ergebenden gesundheitlichen Schädigung der versicherungspflichtigen Bevölkerung und der für die Zukunft drohenden großen Verluste, wollen die Versicherungsanstalten sich innerhalb der ihnen gezogenen Grenzen wissam an der Wohnungsfürsorge beteiligen.

Als Weg zur Unterstützung wurde außer der Hergabe von Darlehen die Gewährung von Beihilfen zu den Kosten der Einrichtungen zugunsten kinderreicher Familien (Spielstätte, Kinderhort usw.) bezeichnet.

Das Reichsversicherungsamt hat gleichfalls die Dringlichkeit der Wohnungsfürsorge für Familien mit zahlreichen Kindern anerkannt und es für zulässig erklärt, daß auch Auswendungen aus § 1274 RBO. für die Wohnungsfürsorge gemacht werden dürfen. Nach dieser Geheimschreif haben die Landesversicherungsanstalten mit Genehmigung der Ausschüsse beide das Recht, Mittel aufzuhenden, um allgemeine Maßnahmen zur Verbesserung des Eintrettes frühzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen. Es handelt sich hier um keine Kapitalanlage, sondern um Auswendungen ohne den Anspruch auf Rückgewähr. In diesem Falle kommt zunächst ein mehr ideeller, rechnungsmäßig kaum zu bestimmender Gehalt in Frage, der freilich mittelbar auch günstige Rückwirkungen auf die Vermögenslage der Landesversicherungsanstalten haben kann, denn je mehr für gesundheitliche Förderungen geleistet wird, desto weniger sind natürgemäß auch die Fälle des Eintrettes frühzeitiger Invalidität.

So ist also der Wirkungsbereich der Versicherungsanstalten auf dem Gebiete des Wohnungswesens mit der Erlaubung solcher Auswendungen erweitert worden. Es ist nur zu wünschen, daß mit denselben recht vielen Versicherten und deren Familien über die größte Not hinweggeholfen wird. Freilich können diese Auswendungen nicht im entferntesten an die als Hypotheken zur Förderung des Wohnungsbauwesens hinausgegebenen Kapitalien hinreichend erscheinen und aber immerhin groß genug, um manchen Missstand zu beseitigen und manche Not zu lindern. — E. B.

Allgemeine Rundschau

Gedem das Seine.

möchte die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, Nr. 48, allen Deutschen geben, jedoch mit der Einschränkung, daß das Unternehmertum die reichen Früchte und die Arbeiterschaft die Stoppeln bekommt. Die Wahlrechtsreform hat es dem Unternehmerorgan angekannt, daß es künftige Kräfte begleiten muß ob der Verderbnis der Zeit, die sich besonders, Gott sei es gelagt, darin zeigt, daß die Arbeiter auch einmal ein paar Rechte haben möchten, die die anderen Elände im Überfluss besitzen. Wo bleibt da noch der Unterschied des Einkommens, der Stellung, der Bildung, wenn „Hinz und Kunz es staatlich befiehlt erhalten, daß sie als Staatsbürger dasselbe bedeuten, wie ein großer Erfinder.“ Ja, ja, mit der Wahlrechtsreform bricht das reinste Sodomia und Gomorrha in unser liebes deutsches Vaterland ein, wo doch früher alles so „gut verteilt“ war, nach Recht und Gerechtigkeit. Diese und ähnliche bewegliche Alogien ziehen sich durch jede Nummer der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, die höchstlich kein Beruf einer Kupferdruckerin in sich entdeckt hat. Es muß tatsächlich merkwürdig armutzen, wenn die Leute, die den Patriotismus, die Vaterlandsliebe, Treue zu Thron usw. usw. in die bekannte Erbpath genommen haben, jetzt nichts anderes tun können, als an der Österreichschaft des Kaisers und an anderen, Erlassen herummädeln und herumzubedrucken. In der Begründung der Wahlrechtsreform heißt es ausdrücklich:

„Der Krieg, der auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens unseres Volkes seine tiefgreifenden Wirkungen führt, führt auch dazu, die Grundlagen der staatlichen Verfassung Preußens eingreifend zu verändern. Der Krieg fordert von dem deutschen Volke bis höchsten Opfer für die Allgemeinheit und ist zum Prüfstein für die Tiefe seiner Vaterlandsliebe und seines Staatsbewußtseins geworden. Er hat es opferwillig und staatsmärtig gefunden, das Maß der staatsbürgерlichen Beteiligung des Volkes an den staatlichen Geschäften muß daher vom Standpunkt des geheißenen Weltkriegs nachgeprüft und neu gestaltet werden. Nicht um eine Belohnung des Volkes für die dargestellten Opfer und die staatsmärtige Haltung kann es sich dabei handeln, es handelt sich vielmehr um einen Maß des Vertrauens in das Volk, das in den schweren Schwierigkeiten des Krieges seine Reife erwiesen hat. Das ist die alleinige ethische Begründung für den Schritt, der mit der Errichtung des gleichen Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten erfolgt.“

Diese Gründe sind natürlich für manche Kreise und auch für die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ nur da, um über Bord geworfen zu werden. Sie halten sieber fest am Wahlspruch „Si cum eique“ (Gedem das Seine), d. h. in das Deutlich der Arbeitgeberzeitung übertragen: mit alles, die nichts und sie sagt dann, dieser Wahlspruch sei

„der Ausdruck höchster Gerechtigkeit“. Was der Artikel in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ mit der Wahlrechtsreform zu tun hat, ist nicht recht klar, wenn man die bekannte Schatzmacherin daran in Abzug bringt. Daß die Arbeiterschaft keinen Communismus will, ist bekannt, daß es Unterschiede in höchste und tiefe Stände gibt, und geben muß, wissen wir ebenso, daß es eine Kluft gibt zwischen Gebildeten und Ungebildeten, bedarf auch keiner Erläuterung. Das braucht die Arbeitgeberzeitung uns wirklich nicht erst zu sagen. Das wissen wir auch so. Die Kinte hätte sie sich sparen können.

Es handelt sich bei der Wahlrechtsreform um die Grundmachung einer Schulz an einen Stand, dessen Rechte im umgekehrten Verhältnis zu seiner eintheilten wirtschaftlichen Notwendigkeit stehen, ohne dessen lastloses Schaffen Deutschland ein besiegt Land wäre, und der wichtiger für die Zukunft Deutschlands ist, als z. B. die deutschen Dichter, Schriftsteller, Musiker, Philosophen usw., denen die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ auf Grund ihrer Bildung mehr Staatsrechte zuerkennt will, als dem Arbeiterstand.

Jeder Stand mag seine Berechtigung und seine Rechte haben, daß die sie erhalten, dafür haben sie mit Ausnahme des Arbeiterstandes im reichsten Maße gesorgt. Nun, da der Arbeiter, aber einer der wichtigsten kommt, der Stand im Arbeiterkittel, da stemmt man sich mit allen möglichen Hindernissen und Gründen dagegen. Hoffentlich werden diese vom Sturm der Zeit hinweggefegt, damit dem Arbeiter endlich sein Recht werde.

■

Scharfe Durchführung des Hilfsdienstgesetzes.

Unsere Feinde haben die Waffenproduktion an Waffen und Munition auf ihrer Seite. Sie machen die größten Anstrengungen, ihre technische Ausrüstung ins ungemeinste zu steigern und diese im Zusammenwirken mit ihrer britischem Überlegenheit auszunützen, um den Erfolg zu erringen. Im vorjährigen Jahre bereits hat der englische Munitionsminister Montagu im Unterhaus mitgeteilt, daß beispielweise die Fabrikation der 18 Pfund-Granaten gegenüber den schweren Kalibern 2650 mal größer geworden sei, daß der Wochendurchschnitt für Feldhaubitzen-Munition gegen 1915 um das 27fache gestiegen worden sei, daß Amerika alle Anstrengungen macht, die Fabrikation von Schiffen, Feldgeräten, Flugzeugen, Waffen und Munition noch weiter zu steigern, zur Verwendung im Kampfe gegen Deutschland und seinen Verbündeten, ist bekannt.

Dagegenüber gilt es, alles aufzubieten unserer Mächtigkeiten auf der Höhe zu halten, es so zu steigern, daß die Absichten und Hoffnungen unserer Feinde zu Schanden werden. Der kommende Entscheidungskampf gebietet, alle wissenschaftlichen Männer für den Frontdienst frei zu machen; ebenso alle nicht in kriegswichtigen Betrieben tätigten, wie auch die bisher noch brach liegenden Arbeits-

Die technische Entwicklung der deutschen Industrie nach dem Kriege.

Wie die Wirtschaftsbedingungen nach dem Kriege sich entwideln werden, wissen wir nicht. Die Räume um den Weltmarkt werden nicht geräumt, sondern größer werden, weil auch die Unternehmer, besonders die großen Wirtschaftsgebiete England, Amerika, Japan und auch die südamerikanischen Republiken mit großen Erfahrungen und Zeichnungen aus dem Weltkrieg hervorgehen werden. Kann die deutsche Industrie diesen Weltmarkt erfolgreich annehmen? Sind wir gefestigt? Diese Frage muß mit „Ja“ beantwortet werden. In der „Internationale Correspondenz“ untersucht Wilhelm Stein diese Fragen näher und kommt zu folgenden Resultaten.

Wie der gewaltige Weltkrieg ungewohnte Umständungen auf allen Gebieten des geistigen und materiellen Lebens herbeigeführt hat, ist er auch von allergrößtem Einfluß auf die technische Industriewelt. Was geht am nächsten die industrielle Neuordnung innerhalb Centraleuropas an — nicht, als ob wir für die Entwicklung der ganzen Welt kein Verständnis besäßen, sondern weil die Zustände „zu Hause“ uns vorzugsweise am unmittelbaren Berühren und uns aus dem echten bekannt sind. Über die technisch industrielle Entwicklung in den anderen Säulen der Welt werden.

Es erfordert sich, an dieser Stelle über die Ursachen der nunmehrigen Veränderungen im Produktion und Fabrikation während des Krieges zu informieren. Bei jahrlanger Beurteilung der nun einmal in ungewöhnlichem Verden begriffenen Neuordnung innerhalb der Industrie, haben wir von der Zukunft auszugehen, daß die höhere Produktivität, die eigene Kultur, unser Land und Leben zu verteidigen, weitreichend und zweckmäßig viele wichtige Ressourcen gewaltsam entzogen waren — das also das eigene Naturgebot politischer Selbstbehauptung den Erfahrung- und Organisationsgeist anpassen mußte, außerdem technisches zu leisten. So wurden auch im technischen Verarbeitungsbereichen neue Methoden entdeckt, welche einen großen Teil der früheren Art der Erzeugung umgestellt haben und sicherlich weiter umstellen werden.

Die Ressourcen des jüngsten Krieges sind bei dem einzelnen und im Gemeinschaftsleben kurz und unzureichend; aber den reisenden Fortschritt, ganz besonders der deutschen Industrie, hat der Krieg gewaltig gefördert und tut es noch. Es ist eine Sache des Schicksals, daß häufig gerade die Gewaltmachtmächte unserer Feinde, z. B. die Russische und die Österreichische Kaiserliche Armee in der Nähe der Fronte, was zu bedeutenden Ressourcen und Ressourcenverlusten gebracht haben, also möglichst das Gegenteil von dem bewirkt, was sie bestreiten. Rücksichtung für dieses „Kinderleben des Krieges“ war und ist wichtig die allgemeine Höhe der Produktivität.

Die beträchtlichen Veränderungen und radikalen Veränderungen erfunden sind auf alle kriegswichtigen Gebiete, vor allem auf die Schwerindustrie und die chemische Industrie. Fast alle Gewerbearten des neuen Erfordernisses und Arbeitsmarktes sind heute ausgewachsene Kriegsbeamte und müssen es sein. Man kann darüber also nur in allgemeinen Auszügen berichten. Hier auf Straß 20.

neuer Kenntnis der deutschen Industrietechnik darf ich die Behauptung wagen, daß nach dem Kriege eine Neubewertung ungeahnter Art der deutschen Industrie sicher zu erwarten ist. Die neuen Wege der chemischen Fabrikation sind z. B. geradezu verbluffend. Ebenso gut sind die Aussichten für die Bearbeitungsmaschinen; insbesondere der Werkzeugmaschinenbau in Deutschland muß nach dem Krieg für die übrige Welt bahnbrechend und teilweise maßgebend. Besonders aber soll hier auf einer Industriezone hingewiesen werden, dessen Wichtigkeit auch für die Friedliche Entwicklung nach diesem hoffentlich letzten aller Kriege jedem Menschen ohne weiteres einleuchtet: die Schwerindustrie, besonders des Hüttenwesens und die Eisen- und Stahlverarbeitung.

Das Bild dieser Industrie war bisher so, daß dort, wo Kohle und Erz lagen, mächtig aufzogende Hochöfen das rohe Erz vergüteten, d. h. einschmolzen. Das gewonnene Rohstoff wurde dann in Hochofen-Satzen den Eisen- und Stahlwerken und Gießereien zur endlichen Eisen- und Stahlherstellung oder zur Walzung zugeführt, wenn es nicht schon aus dem Hochofen in Häufigem Zustande in eigenes direkt hergerichtetem Wagen nach den Martinöfen der Stahlwerke befördert wurde, um in letzteren mit Zusatz von Kleisen (Schrott) und verschiedensten Zusätzen zu Stahl verarbeitet zu werden. Die riesenhaften Hochöfen bestehen bis jetzt dem Schwerindustriegebiet ihr eigenartiges Gepräge und machen es vielleicht kennlich, ebenso die weitläufige Ausdehnung der den Stahlwerke selbst Zubehör.

Wie wird es nun nach dem Kriege? Nicht nur die Förderung durch Kriegserfolge und militärische Rücksichten lassen eine Decentralisierung der Schwerindustrie erwähnlich erscheinen, sondern auch folgender Umstand. Ursprünglich war die Kohle maßgebend für die Lage der Hochofen, deren Röhre man ihnen zufügte. Wurden Kohle und Erz in der gleichen Gegend gewonnen, um so besser für weitere Verarbeitung des Hochofenproduktes, der Erzeugung von Eisen und Stahl, braucht man über (wie oben bereits erwähnt) sicher dem teureren Hochofenerzeugnis (Schrott) auch Schrott (Kohle, Eisenabfälle). Mit der Decentralisierung der Hochofenanlagen und Stahlwerke hat sich über der Erz- an Schrott immer mehr erhöht, so daß die Frage sicheres ins Gewicht fällt: wie teuer ist die Fracht für das abtötige Schrott? Da nun die Hochofenfabriken Deutschlands zum großen Teile ausschließlich der Schwerindustriegebiete liegen und sie einen großen Prozentsatz des Schrottes liefern, wird es abweichend verhältnißig, wenn eine beträchtliche Anzahl von Eisen- und Stahlwerken in unmittelbarer Nähe befinden geleges, sehr wände. Daher wird die Fracht für den Schrott und für die Stahl- und Walzwerke herangebrachte wesentlich reduziert verbilligt, was die ehemaligen Stahlwerksbezirke von Stahl und Rohr und dem Schwergebet mehr wie ausgeglichen. Nun wird eine Verteilung der Stahlwerke über das ganze Reich eingesetzt, um ihren Schmelzverfahren und ihren Abwärmen Stahlwerksbezirken, Hüttenwerk und Steinzeihen ebenfalls mehr zu richten.

Über auch auf die neuere Steinzeile steht die Stahlwerke Seite nicht sehr, ausgenommen, wenn Eisenhütte und Eisenhütte-Betriebe haben vermehrte technische Fortschritte die Steinzeile auch für diese Zwecke erweitert und sind überall eröffnet. Die Rohstoffanfragen hingegen sind durch die Veränderungen auf dem Markt erheblich verbilligt. So sind also jetzt für eine große Anzahl von Stahl-

und Walzwerken in allen Teilen des Reiches günstigere Arbeitsbedingungen vorhanden wie bei einer Massenanhäufung innerhalb der alten Schwergebiete. Tatsächlich ist dieser Erkenntnis längst eine Anzahl von Stahlwerksneuanlagen und ähnlichen Projekten gefolgt in Gegenwart, welche bisher völlig bar von Schwerindustrie waren. Ein Ende darin ist nicht abzusehen.

Es fehlen also den äußerhalb der Schwerindustrie liegenden liegenden Ressourcen nur noch die Hochöfen. Auch hier ist deutscher Erfindergeist auf bestem Wege, Wandel zu schaffen zum schätzlichen Besten des Ganzen. Das Streben der technisch-fortschrittlichen Eisenhüttenleute, den gesuchten Bröckel der Eisen- und Stahlherzeugung herzustellen, um eine entsprechende Konstruktion, das Endprodukt fertig zum Walzen zu bringen, hergestellt werden kann, hat folgende Errungenschaft gezeigt: Feinporige, flausige (immlige) Erze, die nun einmal einen großen Bestandteil der Förderung neben den edleren Erzgattungen bilden und in vielen Gegenden gefördert werden, können ebenso rentabel wie jene im Hochofen verwendet werden. Also braucht leichter nicht mehr wie bisher in der Nähe „reicher“ Erz- und Kohlenfelder zu leben. Ebenso wird die immer weitergehende Anwendung des elektrischen Stromes auch den Hochofen von der Kohle unabhängiger machen. Durch die technische Verbesserung und örtliche Verteilung der Schwerindustrie werden also die Arbeitsbedingungen in den bisherigen Hauptbezirken ganz wesentlich verbessert und lohnendere Arbeitsbedingungen in allen Teilen des Reiches neu geschaffen werden, unter menschenwürdigeren Bedingungen für das gesamte Arbeitspersonal.

Es ist unmöglich, an diesen verdienenden Gestaltungen vorbeizugehen, ohne noch eines Grundes für die Decentralisierung Erwähnung zu tun, welcher seitens des Großkapitals als „vorteilhaft“ mitangeführt wird: seine Hoffnung, durch Verteilung der Werke einen „günstigeren“ Arbeitsmarkt zu erzielen, bzw. den Möglichkeit vorzubereiten, daß durch weitere örtliche Massengruppierung der Schwerindustrie unter den Arbeitern zwiel. Soldatität entsteht. Wir glauben aber, daß unter den heutigen Verhältnissen für das gesamte Arbeitspublikum sich kein politisches wie wirtschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl ebenso wahren wird wie bis zum Kriegsausbruch — und um so mehr jetzt und in Zukunft ein Rücksicht für die Arbeiterschaft würde also aus diesem Grunde nicht entstehen.

Viele Neuerungen der Kriegswirtschaft sind weiteren Streichen bekannt — man denkt etwa an das große Gebiet Braunkohle-Erfassung. Die technische Fortentwicklung ist wenig beachtet; aber sie ist vielleicht für Deutschlands industrielle Zukunft noch wichtiger.

Alle diese Neuerungen und Fortschritte wären bestens falls ohne den Krieg erst nach langen Jahren eingetreten. Bedenkt wie also seine direkten Opfer noch so sehr und aufrichtig — das Böse wird hier ohne sein Wollen schleichend Endes für die Überlebenden und Nachkommen des Volkes im großen ganzen vieles Gute bringen. Unheil und Vernichtung hatte das deutschfeindliche Kapital für uns beobachtet. Nachvoller Fortschritt auch auf dem technischen Gebiete, somit bedeutende Erhöhung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, ist die Folge. Auch hier wird man einen holen können: Die Wirtschaft ist das Weltgericht.

früchte in Anspruch zu nehmen für die Arbeiten der Kriegs-

Industrie.

Während nun die Arbeiterschaft, auch die weiblichen Arbeitkräfte, sich im allgemeinen willig dem vaterländischen Hilfsdienst zur Verfügung gestellt haben, haben es andere Volksfreie, Angehörige der sogenannten besseren Stände, auf deren Mitwirkung bei Schaffung des Hilfsdienstgesetzes ebenfalls gerechnet worden ist, bestanden, sich von der Arbeit zu drücken. Bei einer Sitzung der mit der Durchführung des Gesetzes betrauten amtlichen Persönlichkeiten wurde festgestellt, daß es bei uns ebenso wie in den feindlichen Ländern selber auch Druckberger gebe, namentlich bei den Personen in gehobener Stellung. Die Rücksichten dagegen müßten fallen, und auch die Arbeitnehmer müßten sich damit abfinden, in die Rüstungsbetriebe gestellt zu werden. Um gewissen Scheiben, wie sie vorgekommen sind und einem Beugungsfusil jener Kreise ein Ende zu machen, ist mit Zustimmung des zuständigen Reichstagsausschusses die neue Bundesratsordnung vom 13. November 1917 erlassen worden. Durch sie werden die Weisheitsvorschriften und die Kontrolle verschärft, das Beschwerdeverfahren abgekürzt, die Einziehung von Hilfsdienstpflichtigen den Vorsitzenden der Einberufungsausschüsse erleichtert.

Den persönlichen Bequemlichkeiten einzelner voran steht das Interesse aller aus Gewinnung des Sieges. Die Hundertausende von nicht genügend beschäftigten oder bummelnden und lärmenden Persönlichkeiten werden nochmals gemahnt, den Ernst der Zeit zu beachten, sowie dazu aufgefordert, ihre vaterländische Pflicht zu tun, sich für den Hilfsdienst zur Verfügung zu stellen, mitzuarbeiten an den Abwehr-, Schutz- und Angiffsmittelein, die unsferen Feldgruppen nötig haben, zum Standhalten und zum glorreichen Endkrieg.

Ein Programm.

In keiner seiner öffentlichen Reden hat der Reichsfinanzminister Dr. Michaelis sozialpolitische Fragen berührt. Ein ihm dies nahelegender Artikel in Nr. 18 des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften, vom 27. August 1917, blieb ohne Erfolg. Dr. Michaelis ist aus seinem Amt geschieden ohne zur Sozialpolitik öffentlich Stellung genommen zu haben.

Um seine Stelle ist anfangs November 1917 der bisherige bisher Ministerpräsident Dr. Graf v. Hartung getreten, ein Mann, der 30 Jahre im Reichstag, bereits Ende der siebziger Jahre dort, Forderungen der christlichen Sozialpolitik vertreten hat. Dass er auf diesem ihm wohlbekannten Gebiete weiterarbeiten werde, das erklärte er schon in seiner ersten Rede als Reichsfinanzminister, am 29. November 1917, vor versammeltem Reichstag. Mit dem Hinweis darauf, dass er als Abgeordneter die Reichssozialpolitik in ihren Ursprüngen mitgemacht, erklärte Graf von Hartung, dass er es für selbstverständlich halte, dass die Sozialpolitik fortgesetzt und nach Bedarf ausgebaut werde. Er kündigte sodann zwei Gesetzentwürfe an: Dem Reichstag wird bei seinem nächsten Zusammentritt ein Gesetz auf Errichtung von Arbeitssammlern vorgelegt werden, das an die Arbeiten des Reichstagsausschusses von 1910 anknüpft und sie als wertvolle Grundlage aufnimmt. (Beispiel: links und im Zentrum.) Ebenso wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, der die Beschränkungen der Koalitionsfreiheit, die sich aus dem Paragraph 153 der Gewerbeordnung ergeben, beseitigt. (Gehäffter Beifall links und im Zentrum.) Auch dieser Gesetzentwurf wird dem Reichstag in seiner nächsten Tagung zugehen.

Wie die Zustimmungskundgebungen aufweisen hat die Reichstagsmehrheit diese Ankündigungen des Reichskanzlers mit großem Beifall aufgenommen. Nur die Rechten machten nicht mit, und zwei Redner der konservativen Abgeordneten namentlich gegen die Aufhebung des Paragraphen 153 der R.G.O. starke Bedenken. Merkwürdiger Weise hat auch der Berliner "Arbeiter" in seiner letzten Nummer, wie einige Fachabteilungen zuvor, gegen die von der Gewerkschaft und vom Reichstag oft und oft verlangte Aufhebung des gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Paragraph 153 Stellung genommen und damit gegen die Interessenolidarität verstoßen. Regierung und Reichstag werden sich dadurch nicht retten lassen. Schon der frühere Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Niederding, wie auch Justizminister Dr. Spahn, haben die Reformbedürftigkeit des Paragraphen 153 anerkannt, der nun aus der Welt geschafft werden wird. Auch Stimmen aus den Reihen der Konservativen haben sich früher gegen die Auslegung des Paragraphen 153 gewandt.

Eine weitere erfreuliche Tatsache ist, dass nunmehr eine, wenn auch nur kleine, 18 Pfg. täglich betragende Erhöhung der Soldatenlöhne eintritt. Die Regierung hat dem dahinzielenden Verlangen des Reichstags endlich nachgegeben und sie durch einen ihrer Vertreter im Hauperausschuss die Erklärung abgeben, dass die Erklärung abgeben, dass die Marchoffstaltung nur ein Drittel, die Lohnung der Unteroffiziere um ein Fünftel ihres bisherigen Bezugs erhöht wird. Die erste Auszahlung wird noch vor Weihnachten erfolgen.

Die Reform des Manufakturversorgungsgesetzes ist in Aussicht genommen. Die diesbezüglichen Gesetzentwürfe sind im Kriegsministerium fertiggestellt und werden wohl der nächsten ordentlichen Tagung des Reichstags vorgelegt. Der oft beflogte Nachteil, das heutige Kriegsergebnis sei weniger an Rente- und Unterstützungsverhalten, als wie die Kriegerfrauen wird zunächst auf dem Verwaltungsweg gemildert. Bei der Neuregelung der Rentenansprüche ist vorgesehen, dass die Berechtigten bei ihren Rentenansprüchen sich vertreten lassen können, bezüglich Entscheidung über ihre Ansprüche nicht gefüllt wird, ohne dass sie gehört werden sind.

Das Kohlesteuergesetz, das mit wenig Freude aufgenommen worden ist, wird geändert. An Stelle der vorgesehenen Steuerbegünstigung des Haushands werden 80 Millionen Mark in Ansatz gebracht und den Gemeinden überwiesen, zur Beschaffung des Haushandes für minderbedürftige Familien.

G.P.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. Dezember der 51. Wocheneintrag für die Zeit vom 16.-22. Dezember fällig.

Mit Jahresabschluss werden wieder, wie in früheren Jahren, neue Beitragsmärkte in einer anderen Form angegeben. Am 1. Januar dürfen dann nur noch diese neuen Märkte geliefert werden. Da gleichzeitig am Jahresabschluss auch die Vertrauensmänner mit ihrem Markenbestand abrechnen müssen, ist es unumgänglich notwendig, dass alle Mitglieder mit ihrem Beitrag auf dem Saarland mehr geben. Da dann nur noch neue Märkte im Verkehr sind, müssen etwaige Märkte auch mit neuen Märkten quittiert werden, so dass sich solche Mitglieder selbst als häufige Gabler — auch in Unterstützungsfällen durch ihr eigenes Mitgliedsbuch ansprechen. Das wird aber kein Gewerkschaftsverein wollen. Um eigenen Nutzen der Kollegen und im Hinblick auf die Durchführung einer geworbenen Jahresabschreibung darf deshalb wohl von allen Mitgliedern eine punktliche Beitragsleistung erwartet werden.

Krankenunterstützung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, dass sie in allen Unterstützungsfällen sich sofort beim Vorstand oder Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Karrenzeit wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Mitgliedung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

Die Verhandlungen des Deutschen Arbeiterkongresses werden demnächst im Druck erscheinen. Vorerst kommen einzelne von den Vorträgen in Sonderbroschüren heraus. Als erste Broschüre sind der Vortrag von Generalsekretär Stegerwald unter dem Titel "Arbeiterchaft und Kriegsentscheidung" und das Referat vom Kollegen Joos "Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die Lebensfragen in Volk und Reich" bereit erschienen und zum Preise von 20 Pfg. von unserer Hauptgeschäftsstelle, Duisburg, Seitenstraße 17, zu beziehen.

Aus dem Verbandsgebiet

Berlin. Die Verwaltungsstelle unseres Verbandes hatte für Sonnabend, den 24. November nach dem Deutschen Körtnach eine Mitgliederversammlung einberufen. Trotz des ungünstigen Wetters war eine stattliche Anzahl der Kollegen erschienen; darunter auch einige Mitglieder aus der Jugendabteilung. Letztere wurden vom Vorsitzenden besonders begrüßt. Die Tagesordnung lautete: Bericht vom Deutschen Arbeiterkongress durch den Kollegen Hittl. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des vor kurzem dahingeschiedenen 82jährigen Professors Adolf Wagner. Die Versammlung ehrten sein Andenken durch Erhöhen von ihren Plätzen. Sehr nahm der Berichterstatter das Wort und verstand es in trefflicher Weise, den Hörern die Kongresstagung vor Augen zu führen. Ganz besonders wies der Redner auf die Reserve unseres Verbandsvorstandes Bieber, des Geschäftsführers Koch-Elbersfeld und des Grauen von Postowolski hin und empfahl den Kollegen, sich diese Broschüren anzuschaffen und sie zu studieren. Kollege Bieber hat durch eine Fülle von Material bewiesen, dass es nicht so glänzend mit den Verdiensten der Arbeiterschaft stehe, wie man es gern in der Öffentlichkeit darzustellen beliebt. Es wurde nicht bestritten, dass eine ganz verschwindende Obersicht in den Facharbeiterkreisen erhebliche Verdienste hat. Die große Masse jedoch hat daran keinen Anteil; von dem Lohn der erwähnten Obersicht kann sie sich nichts kaufen. Es muss also im allgemeinen Wendel geschaffen werden. Nicht die höheren Verdienste haben die Lebensmittelpreissteigerung hervorgerufen, sondern umgekehrt, die Steigerung der Lebensmittelpreise verlangte höhere Löhne. Aber das können heute verschiedene Kollegen noch nicht别说。 Besser gesagt: Sie wollen es nicht. Reicher Weiß soll keine Ausführungen.

Hierauf nahm Kollege Fähnrich das Wort und führte den Versammlungen vor Augen was wir als christliche Gewerkschafter zu tun hätten, um die uns noch anhaftenenden Fesseln los zu werden. Nicht freiwillig wird man uns die uns zugeschulden Rechte geben, sondern wir müssen jeden Tag darum kämpfen. Denn die Arbeitgeberzeitung ruft schon lange wieder nach einer starken Regierung im Sinne des Großkonzerns, wie aus ihrer Nr. 44 vom 4. Nov. 1917 zu erkennen ist. Auch wird leider von verschiedenen anderen Stellen versucht die Regierung dahin zu beeinflussen, den Par. 153 der Gewerbeordnung in seiner heutigen Form beiseite zu lassen, was wir zurückweisen müssen. Sie verlangen volle Handlungsfreiheit, wie alle übrigen Stände sie haben. Deshalb soll mit allen Ausnahmegesetzen. Gleicher Weit ist alle. Mit einer einsdringlichen Mahnung an die Mitglieder, keine Mühe zu scheuen und die Agitation mit allen zu Gebote stehenden erlaubten Mitteln fortzusetzen, fand die Versammlung ihr Ende.

Kollegen! Heraus aus der Reserve und mit verdoppelter Kraft an die Gewerkschaftsarbeit heran. Seht ist Zeit zum Handeln. Um uns selbst liegt es, ob wir unsere Arbeiterrichtung erfolgreich verteidigen und neue hinzuerwerben werden.

Jedes Mitglied muss bestrebt sein, bis Neujahr wenigstens einen Kollegen für den christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen.

Bremen. Die hiesige Ortsgruppe scheint ihre gewerkschaftlichen Pflichten nicht so genau zu nehmen, wie es notwendig ist, um das Arbeiterschaftsinteresse wirksam vertreten zu können. Und hier lebt die Arbeiterschaft nun wahrlich nicht ein luster Freuden. Nun ist es gewiss wahr, keine niederdürdenden Erhöhungsschwierigkeiten, wie sie in den Industriestädten Rheinland-Westfalen sich zeigten, erlebte die Bremer Bevölkerung trotz des bekannten Stedtbürenwinters noch nicht. Gerade deswegen müsste eine größere Regelmäßigkeit im Gewerkschaftsleben bei der Arbeiterschaft im allgemeinen und bei unseren Mitgliedern insbesondere

zu erwarten sein. Wer garantiert uns denn dafür, dass es nicht doch schlimmer kommen wird als bisher? Haben wir am Orte wirklich solch prächtige Unternehmer, die ihren Arbeitern sofort bei jeder weiteren Preissteigerung ganz von selbst eine dementsprechende Erhöhung der Löhne zu sichern? Was ist denn wieder einmal hier in den letzten 4 Wochen nicht alles teurer geworden? Fleisch, Bröt, Milch, Salz, Eier, Wurstspeisung — von den leeren Obst- und Gemüsepreisen, sowie sonstiger Bedarfartikel erst gar nicht zu reden. Haben wir denn für die neuesten Preissteigerungen schon einen Lohnausgleich erhalten? Gewiss, 2 Pfg. stehen den Werkstarbeitern pro Stunde ab 1. Oktober in Aussicht und weitere 2 Pfg. im Dezember 1917. Das sind bekanntlich die Zugeständnisse, die bei den Verhandlungen am 10. August uns von den Werkbesitzern großmütig zugestellt wurden. In der Erkenntnis, dass diese in Aussicht stehenden Lohnzulagen nicht geeignet sind, Ruhe in die Werkstarbeiterchaft zu bringen, lehnten die Organisationsvertreter der Arbeiter aller Bildungen dieselben ab und wandten sich in einer Dechirist an die legte und höchste Instanz, das Kriegs- und Reichsmarineamt, um so einen besseren Lohnausgleich für die auf den Werken Beschäftigten, zu ergreifen. Angesichts dieser rührigen Tätigkeit der Gewerkschaftsleitungen sollte man doch erwarten, dass nun ringenfecht auch der letzte Verhandlungsort seine Pflicht tun würde. Leider ist das nicht immer der Fall. In die Versammlungen zu kommen, fällt manchen Kollegen hier am Orte schon lange nicht mehr ein. Wohl aber wird fest geschimpft über die unzulänglichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dafür steht man umso mehr die Position der Unternehmer, indem man alle für gerade sein lässt und sich um das große Heer der Unorganisierten nicht im mindesten mehr kümmert. Im Jahre 1918 hat es wenigstens noch ein kleiner Teil der Kollegen der Mühle wert gefunden, Adressen von Unorganisierten zu sammeln, als Voraussetzung einer erfolgreichen Hausagitation. In diesem Jahre wartet der Vorstand schon lange Zeit auf dieses Material, ohne bis zur Stunde die erste Adresse von einem Kollegen zu erhalten.

Kollegen Bremens! Soll das so weiter gehen? Wenn nicht, so rafft euch doch endlich mal zur Tat auf! Ist es denn nicht eine Schande, wenn ein großer Teil unserer Kollegenschaft erst jüngst nicht einmal soviel moralischen Mut ausbrachte, um sich den Bericht unseres Verbandsleiters über die Verhandlungen mit den Werkbesitzern anzuhören, trotzdem alle durch die Post dazu eingeladen waren? Diese Kollegen wollen sich das eine gesagt sein lassen: Es ist noch nicht aller Tage Abend geworden. Die Unternehmer werden in ihrer "sozialen Weitwichtigkeit" dafür sorgen, dass die Lohngrenze des Arbeiters nach dem Kriege sich möglichst nach "unten" bewegt. Dann werden aber jene wieder am ersten Schreien, die da keinen Finger erhöhten, um den Einzug des Verbandes zu statten. Zu spät wird man dann entsehen, dass es grünenlose Dummkopf war, durch ein "fiktives Richtsturz" für den Verband, den Rüden des Unternehmertums, statt den eigenen, zu stärken. Einwieder es wird in raschlosem Eifer nunmehr ein jeder Unorganisierte unseres im übrigen deutschen Reichs so machtvoll auftreibenden christlichen Metallarbeiterverband zugestehen versucht, oder man überlässt dieselben dem Anarchosocialismus und seiner Generalstreikpolitik, bei der nichts herauskommt. Was daraus folgt, dürfte unser Kenner den Kollegen an der Wasserseite nicht schwer sein, zu erraten. Wer sich nicht als blinde Stöfe des Unternehmertums zeigt und für die Zukunft missbrauchen lassen will, der arbeitet endlich zielbewusst innerhalb unseres Verbandes mit. Wollt weg mit dem alten Schleiden der Versammlungsschwänzer; fort mit der sibyllen Unwirklichkeit beim Besuch von gewerkschaftlichen Zusammenkünsten, Schluss gemacht mit den rückständigen Beiträgen, mehr Achtung vor sich selbst und seinem Stande, nur ein Seher endlich jetzt Pflicht in der Ausbreitung unseres Verbandes. Vor allen Dingen mehr Regsamkeit und Schwung für die Gewinnung neuer Mitglieder. Will ausgerechnet Bremen den "krautigen Ruhm" ernten, um Aufstieg unseres Verbandes nicht getan zu haben? Was sagen unsere Feldgrauen dazu?

Breslau. Unsere hiesige Mitgliederversammlung, die ja in seinem Verhältnis zu der Größe der Stadt und der Anzahl der vorhandenen Metallarbeiter steht, hat sich, seitdem uns die Centrale helfend beigesprochen ist, durch mähselige Kleinarbeit verdoppelt. Es war erfreulich, in der letzten Mitgliederversammlung, wo die Hälfte der Kollegen anwesend war, zu hören, mit welch regem Eifer gearbeitet wird. Sollen aber größere Zahlen von Neuaufragungen gemacht werden, dann müssen die Mitglieder alleamt die Werbearbeit aufnehmen. Eine Anzahl von Kollegen betätigen sich schon werbend und haben wie in vorletzter Zusammenkunft berichtet wurde, auch Erfolg gehabt. Voraussetzung, um mutig für den Verband werben zu können, ist, dass die Kollegen die Mitgliederversammlungen besuchen, dann angeregt und zu überzeugen christlichen Gewerkschaftern gemacht werden. Eine Anzahl unserer Kollegen sind noch zu gar keiner Mitgliederversammlung erschienen. Sie ziehen ihre Beiträge und werden im übrigen ohne jedes Eigenleben für unseren Verband zu zeigen, so mitgeschleppt. Diese Kollegen sind durch die Vertrauensmänner aufzurütteln, damit sie sich auf ihre gewerkschaftliche Pflicht einstimmen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den hiesigen Werken sind im Hinblick auf die Teuerung sehr verbessert bedürftig. Und das Kriegsende kann uns sehr leicht bezüglich der Teuerungszulagen unangenehme Überraschungen bringen. Seien wir also auf dem Posten. Es gibt viele Kreise, die den hiesischen Arbeiter als geringfügig undwertiginstellen und damit die geringen Entlohnung begründen. Die Arbeiter der Rhin.-Westf. Hüttens- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft erzielten nach dem Bericht von 1916 einen durchschnittlichen Jahreslohn von 2770 Mark bei einer Lohnsteigerung von 30,5 Prozent. Die Arbeiter der Schlesischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft Sitz Breslau erzielten einen durchschnittlichen Jahreslohn von 189 Mark bei einer Lohnsteigerung von nur 16,3 Prozent. Es ist also nicht nur eine Ehrensache für die schlesische Arbeiterschaft, sich von dem Ruf der geringen Wertigkeit freizumachen, es handelt sich dabei auch um eine wichtige Geldbeutelangelegenheit. Um wie christliche Metallarbeiter also alles aufzutun, um und durch Schaffung einer möglichst starken Ortsgruppe in Breslau eine achtunggebietende eigene Interessenvertretung zu haben. Die angebliche Minderwertigkeit gegen die früher

deutsche Arbeiterschaft wird dann schon behoben werden. In diesem Sinne mitzuarbeiten ist Pflicht eines jeden Stolzengen der Ortsgruppe Breslau.

Menden. Unsere Ortsverwaltung hat in diesem Jahre ansehnliche Fortschritte gemacht. Einzelne Sektionen sind rührig an der Arbeit, der Organisation immer wieder neue Mitglieder zuzuführen. Zwei Sektionen und zwar Gründenberg und Lendringen haben allein mehr als 200 Neuaufnahmen im Monat November zu verzeichnen. Dieses Resultat ist sehr erfreulich, aber dennoch sind einzelne Betriebe, wie M. u. G. Schmidle, H. D. Eichelberg in Menden und die Firma Neuwalzwerk in Wipperfürth, bei denen sich die Arbeiterschaft noch sehr schlecht entfalten kann, der Organisation beizutreten. Wenn auch einzelne Arbeiter dieser Werke im Vohne nicht schlecht stehen, so sagen wir doch, daß die Löhne der übergroßen Mehrzahl weit hinter den Löhnen der organisierten Arbeiterschaft zurückstehen. Die Arbeiterrinnen bei der Firma Schmölle und Co., die ziemlich geschlossen organisiert sind, haben einen Lohn von pro Tag 5 Mark, hingegen sehr viele Arbeiterrinnen auf den drei obengenannten Werken sich mit drei Mark begnügen müssen. Als sich vor einigen Tagen die Arbeiterrinnen der Firma M. u. G. Schmidle organisierten wollten und die Meister Schünker und Demmer hierzu Wind bekamen, gingen sie dazu über, die Arbeiterrinnen von der Organisation fern zu halten. Einer Kriegerin wurde sogar mit „Heraus mit ihnen“ gedroht und zwar lediglich deshalb, weil sie sich hatte aufnehmen lassen und ihren Mitarbeiterinnen die Notwendigkeit der Organisation auseinander gesetzt haben soll. Die Herren mögen sich aber sagen lassen, daß es besser ist, der Entwicklung freien Lauf zu lassen. Kommen wird sie, die Entwicklung; und vielleicht liegt es auch in ihrem Interesse, daß sie die Arbeiterschaft, die ihre Pflicht und Schuldigkeit tut, in Ruhe läßt. Auch bei der Firma Neuwalzwerk in Wipperfürth regt sich nunmehr die Arbeiterschaft. In der letzten Woche hat auch ein Teil davon den Weg zur Organisation gefunden. Auch dort sind noch Löhne für erwachsene männliche Arbeiter, die schon Fahrzeuge dort beschäftigt sind, von 5 Mark pro Tag. Die Arbeitsordnung dieser Firma sagt wohl, daß die Überstunden und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Bushag bezahlt werden, aber ausgeschüttet werden diese „Bushäge“ nicht. Auch dort ist also noch viel zu bessern, welches über erst dann möglich ist, wenn kein Unorganisierter mehr auf dem Werk arbeitet. Auch bei der Firma H. D. Eichelberg muß sich die Arbeiterschaft nun endlich mal befinden. Vielleicht ist auch dort nicht alles Gold was glänzt.

Braunschweig. Die heimige Verwaltungsstelle hielt am Sonntag, den 18. November, ihre Vierteljahrs-Generalversammlung und in Verbindung damit eine Vertreterversammlung ab. Der Besuch aus Osnabrück und der näheren Umgegend war verhältnismäßig gut, während die weiter entfernten Sektionen wegen der schlechten Fuhrgelegenheit am Sonntag eben völlig fehlten. Kollege Arbeiterschreiter hegeman eröffnete die Versammlungen und erinnerte zunächst den Bericht über das 3. Vierteljahr. Danach hat sich die Verwaltungsstelle in den letzten Monaten sehr günstig entwidelt. Die Mitgliederzahl ist gestiegen von 412 am Ende des 2. Vierteljahres auf 1216 am 30. September. Unter den 1216 Mitgliedern zählt die Verwaltungsstelle 138 Arbeiterrinnen und 218 Mitglieder der Jugendklasse. Die Zahl der Aufnahmen im vergangenen Vierteljahr beträgt 897, wovon der überwiegend größte Teil auf die Sektion Deidesheim entfällt. Nahezu die Hälfte der Aufnahmen ist im Monat September gemacht worden. In den Aufnahmen sind von 11 Sektionen 8 beteiligt. Der Abgang beträgt 98, wovon 70 Mitglieder ausgetreten, gestorben und verzogen und 28 zum Heeresdienst eingezogen worden sind. Die Kassenverhältnisse haben sich entsprechend der Mitgliederzunahme entwidelt. Die Einnahme der Hauptkasse beträgt 4707,89 Mark, ihre Ausgabe 918,06 Mark, die Einflosskasse hatte eine Einnahme von 1631,60 Mark und eine Ausgabe von 1301,39 Mark. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken stellt sich auf 9155 oder bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 763 auf 12 pro Mitglied.

Die Tätigkeit der Verwaltungsstelle ist im 3. Vierteljahr eine recht rege gewesen. Außer den Mitgliederversammlungen und Vertreterbesprechungen sind zwei öffentliche Versammlungen abgehalten worden, die sich mit Lohn- und Zeiterungsfragen beschäftigten. Die hauptähnlichste Lohnbewegung, bei welcher unser Verband die Führung hatte, stand auf der Georgs-Marien-Hütte statt. Die über 1500 Arbeiter dieses Werkes haben sich recht spät auf ihre Läge befreien, daher konnte in einigen Wochen nicht alles entgehbar werden, was während dieser Jahre verfüllt war. Jüngstesma können sie den guten Erfolg einer Lohnabspaltung von durchschnittlich 20 Prozent verbuchen. Bei den Deutschen Eisenbahn-Güterwerken, dem Ruhrtarif der Georgs-Marien-Hütte, wurden Anfang Oktober ebenfalls Lohnforderungen eingebracht, die Bewegung ist noch nicht abgeschlossen. Außerdem ist eine erfolgreiche Lohnbewegung geführt worden bei der Firma Steller in Lippstadt und für einige Betriebe des Oberharzer Bergbaus.

Zu dem Bericht führt Kollege Hegemann auch folgendes aus: Unsere Verwaltungsstelle hat im 3. Vierteljahr sehr bedeutende Fortschritte gemacht und ist zur nächsten Sektionsversammlung im heimigen Bezirk empfohlen. Auch im Oktober und November hat die Betriebsversammlung, wenig auch im langwierigeren Sense, angehalten; die Zahl von 1400 Mitgliedern ist bereits überwunden. Noch vor einiger Zeit zurück erlangt haben, darf die Entwicklung nicht mehr zum Stillstand kommen. Die Sektion Deidesheim ist es an einer Stelle zu bedanken, daß wir das vierjährige Standort-Mitglieder erreicht haben, und nun ist es eine Pflichtaufgabe der übrigen Sektionen, besonders der Sektion Lippstadt, die Verwaltungsstelle bald auf 2000 Mitglieder zu bringen. Das ist möglich, wenn wir allgemein richtig handeln und mit der richtigen Einheitspolitik und Propaganda gearbeitet wird. Mit dem Abschluß unserer Verwaltungsstelle mag einer nach seiner Wahlversammlung ausscheiden. Die Aufgabenlosen an den Betrieb sind viel größer geworden. Die Zahl der Betriebsversammlungen hat bedeutend vermehrt werden müssen, und dies kann dazu führen, daß allein ob es mögliche Ver-

waltungsstelle sich auf der Höhe hält und in der erforderlichen Weise weiterentwickelt. Die Leitung der Verwaltungsstelle ist heute viel mehr als bisher darauf angewiesen, daß jede Woche die Beiträge einschlägt sowie die Zeitungen zugestellt werden und nach Schluss des Monats pflichtlich abgerechnet wird. Wo das nicht geschieht, da kann kein ausköhlendes Verbandsleben herrschen, im Gegenteil, da wird die Sektion unwillkürlich zurückgehen. Ebenso notwendig ist die Mitgliederwerbung in den Sektionen. Sie darf zu keiner Zeit ruhen, und während der Herbst- und Wintermonate muß sie besonders eifrig betrieben werden. Der Erfolg ist vor allem abhängig davon, daß die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner in den Sektionen einträchtig zusammenarbeiten. Die ganze Arbeit muß getragen sein von einer großen Selbstlosigkeit und einer tiefen inneren Überzeugung. Um diese zu erlangen ist neben dem stelligen Reiben unserer Verbandszeitung das Studium der neuesten Gewerkschaftsliteratur und anderer ehrfürchtiger Schriften nötig. Die Vorträge auf dem vierten Deutschen Arbeitertag müssen besonders fleißig studiert werden. Sie sind hervorragend geeignet, die Wertschätzung unserer christlichen Arbeitersbewegung in uns zu wecken.

In der regen Ansprache kam eine äußerstliche Stimmlung und die beste Hoffnung über die Zukunft der Verwaltungsstelle zum Ausdruck. Es wurde über auch besonders hergehoben, daß nur an erster Stelle die Sektion Osnabrück an der Reihe sei, dem Verbande in größeren Maße neue Mitglieder zuzuführen. Ferner wurde entschieden, benötigt, daß mehrere Sektionen entweder ganz oder zu wenig Delegiertenmarken abgesetzt haben.

Im nächsten Punkt der Tagesordnung wurden die Einzelheiten der Mitgliederwerbung näher besprochen. Wegen der vorgebrachten Zeit wurde der Vortrag über den Verhinder Arbeiterschreiter ausfallen. Nach einem Hinweis auf die demnächst in kleinen Schriften erscheinenden Vorträge des Kongresses wurde die Generalversammlung geschlossen.

*

Wissen. In einer äußerst gut besuchten Versammlung der heimigen Ortsgruppe unseres Christlichen Metallarbeiterverbundes, die im großen Polnischen Saale hier selbst am Sonntag nachmittag 29. 11. stattfand, besprach Herr Gewerkschaftssekretär Mauer (Siegen) die jüngste Kriegstagung der christlich-nationalen Arbeiter zu Berlin. Trotzdem die Heizung des Soales versagte und auch die Bitterung für solche Versammlungen nicht günstig war, lauschten die Männer dem anderthalbjährigen Bericht mit dem größten Interesse. Der Bericht über die davorliegende Aufführung des Kongresses, namentlich über seinen durchaus praktischen Gehalt stand einstimmigen Beifall. Wie die Arbeiterrührer in Berlin für und bestimmt ihre Meinungen zum Krieg, zu den Kriegszielserklärungen und zur rücksichtslosen Durchführung derselben bis zur Beendigung des Kriegstreibens unserer Feinde befürdeten, so waren auch die Anwesenden gleicher Meinung. Der dollen Pflichterfüllung in der Rüstungsindustrie, auf die die heimliche Arbeiterschaft vollends zurückzuhauen kam, folgend, wird sie auch ihre letzten Kräfte noch dazu hergeben, um einen baldigen glücklichen Frieden zu erreichen. Umso bestimmter wird jedoch auch erwartet, daß auf innerpolitischem und rechtlichen Gebiet, den auf dem Kongress erhobenen Forderungen Rechnung getragen wird. Auch auf dem Gebiete der Versorgung, mit ausköhlender Ernährung, mit Haushalt, Bekleidung und Schuhzeng, mit angemessener Entlohnung und Beachtung des Arbeiters als Mensch, müßte der Arbeiterschaft das Durchhalten ermöglicht werden. Um diese Ziele zu erreichen, sei jedoch neben der staatlichen Hilfe, die Selbsthilfe, die Stiftung und die lebendige Beistung in der gewerkschaftlichen Organisation dringend von Rüthen. In dem Bericht wurden auch die verschiedensten deutschen Betriebe beleuchtet. Auch die Ansprache nach dem Vortrag bewogte mich auf diesem Gebiete end war eine sehr ergiebige. Darauf nahm die Versammlung, die auch von vielen Frauen besucht war, ihr Ende.

Sterbetafel.

†

Josef Simon, Hagen.
Joseph Dubois, Hagen.
August Hilgen, Berga.
Anton Kurteien, Solingen.
Wilhelm Baur, Solingen.
Eduard Weber, Köln.
Joseph Eichenseh, Köln.
Peter Eichenseh, Düsseldorf.
Johann Glasmacher, Duisburg.
Johann Sonnen, Duisburg.
Johann Schlegers, Duisburg.
Christian Lindemann, D. Beuel.
Johann Galgen, D. Beuel.
Theodor Engel, Düsseldorf.
Wilhelm Benzler, Elberfeld.
Wilhelm Schmitz, Elberfeld.
Clemens Thomassop, Elberfeld.
Theodor Margolin, Elberfeld.
Paul Schlegers, Elberfeld.
Heinrich Bösch, Elberfeld.
Eduard Boden, Elberfeld.
Josef Peitz, Elberfeld.
Johann Ringer, Elberfeld.
Bernhard Brodmann, Elberfeld.
Josef Metzger, Elberfeld.
Karl Heinz, Elberfeld.
Carl Kübler, Elberfeld a. Rh.
Anton Siegler, Elberfeld.
Ludwig Waller, Elberfeld.
Heinrich Schmitz, Elberfeld.
Eduard Hart, Hagen.
August Willberg, Hagen.
Georg Weiß, Hagen.
Johann Schmitz, Hagenberg.
Heinrich Schmid, Elberfeld.
Eduard Blumenthal, Hagenberg.
Ed. Hermann, Elberfeld.
Klaus Strücker, Elberfeld.
Franz August, Elberfeld.
Kurt Lübbert, Elberfeld.

August Wallmer, Neheim-Hüsten.
Joh. Warin, Nienberg.
Wilhelm Vogels, Oberhausen.
Heinrich Müller, Olsberg.
Albert Starke, Rheinhausen.
Ludwig Leibong, Saarbrücken.
Joh. Wagner, Saarbrücken.
Carl Schmidt, Siegen.
Franz Radberg, Siegen.
Peter Schulz, Siegen.
Gottschalk Müller, Solingen.
Kurt Meyer, Schramberg.
Max Seif, Stuttgart.
Fritz Hänsler, Köttingen.
Hart Müller, Wehrden.
Jos. Volle, Werdohl.

Versammlungs-Kalender

Sonntag, den 10. Dezember 1917.

Bonn. Mittags 2 Uhr Generalversammlung bei Bachem (Krah. Scheiben), Bonn, S. Bachemer Straße.
Barwen. Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung bei Lindermann, Oberdöbener Str. 69. (Nächste Versammlung am 16. Dezember).

Kreischa. 7 Uhr bei Heinrich Bachof.
Wassen. 4 Uhr bei Plum.
Kiersfeld. 5 Uhr bei Wickermann, Klostercordt.
Höingen. Nachmittags 5 Uhr bei Haumer.
Mörs. 11 Uhr bei Kroppen.
Kierscheid. 11 Uhr bei Landscheid Jugendversammlung.
Gudingen. 11 Uhr bei Hanapel.

Sonntag, den 23. September 1917.

Wiesheim. 11 Uhr bei Toppe, Wöhrl. 36.
M. Sturum. 5 Uhr bei Miers, Martenstraße.
Kiersfeld. 5 Uhr bei Koopmann, Kniestraße.
Kreischausen. 6 Uhr bei Eversbach, Ede Annastr. Referent Kollege Wehr.
Marsch. Abends 8 Uhr bei Bruch, Martenstr.

Was schenke ich zu Weihnachten?

Das beste Geschenk ist einen intelligenten Arbeit, sowohl für jeden, der im öffentlichen oder sozialen Leben (als Lehrer, Geistlicher, Schiedsrichter, Parlamentarier, Organisator) steht, als für einen auf die Arbeitsschule auf.

„Deutsche Arbeit“

Monatsschrift für die Betriebsungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft.

Die „Deutsche Arbeit“ ist das führende Organ der gesamten christlich-nationalen Arbeiterschaft. Sie ordnet hier zweifellos über alle Vorgänge in der geistigen Werkstatt dieser Bewegung und wertet die kirchlichen, sozialpolitischen und kulturellen Errungenschaften im Polizei- und Staatsleben unter den breiten Gesichtspunkten. Während der kurzen Zeit ihres Bestehens hat sie sich nicht nur die Beachtung verdient, sondern auch das Interesse vieler erworben, welche den großen Verdiensten unserer Zeit ihre Anteilssamkeit zuteil werden.

Die Zeitschrift erzielt am ersten eines jeden Monats mindestens 3 Bogen hart auf holzfarben Papier in überall guten Ausstattung. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen; auch kann die Zeitschrift durch den Verlag, (Cöln, Venloerwall 8) unter Preisbindung mit entsprechendem Preisausgleich (R. 30 M. im Sieters Jahr) bezogen werden. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 6,- M., halbjährlich 3,- M., vierteljährlich M. 1,50. Einzelheft M. 0,60.

Verlag, „Deutsche Arbeit“, Cöln, Venloerwall 9.

Gewandte Frauen

suchen wir für unsere soziale Arbeit gegen lohnenden Nebenverdienst. Bei Bewährung feste Ansstellung.
Ankunftsstelle gemeinsame Generalredaktion in Cöln Venloerwall 9.

Kesselschmiede Pressluftnieter Pressluftstempfer

auch Kriegsbeschädigte stellt für dauernde Beschäftigung ein.

Maschinenbauanstalt Jean Koervel
Krefeld.

Gemeinschaftige



Deutsche Foltsversicherung

Wet

Frau und Kinder für jeden Fall schützen und für den Alter oder für die Ausbildung Aussteuer oder den Sterbefall seiner Kinder.

Ein Kapital bis zu 2000 M. kann mit solche die besonders günstigen Tarife unserer gewinnreichen Versicherung.

Anschriften erden an:
Generaldirektorat d. Chr. Folts
Generalagent, Cöln a. Rh.
Krefeld und 9.

Rückdecker willkommen!

Unentbehrlich für jeden

Dreher

ist die Verhältnis-Tabelle zum Bearbeiten von Gewinden ohne 127er Rad von Fr. Fuchs-Essen. Preis 1,50 Mark.

Zu beziehen durch die Geschäftsstellen des Verbandes in Essen, Frohnhauserstr. 19.

Farben für alle Veröffentlichungsarbeiten.

Klebeplatten, Büchsen- und Verpackungspapier -

Farben für alle Veröffentlichungsarbeiten.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.

Es verhindert die Aussorgung.

Bei Bestellungen auf Wachspapier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier versendet werden soll.